



**Protokoll der öffentlichen Sitzung
des Beirats von und für Menschen mit Behinderung
im Bezirk Tempelhof – Schöneberg**

Datum: 10.12.2013 **Anwesende:** siehe Anwesenheitsliste
Leitung: Herr Klee **Beginn:** 17:00 Uhr
Ort: Rathaus Schöneberg **Ende:** 19:00 Uhr
Raum: 2013-2018, Casino **Protokoll:** Herr Foster

Besprechungspunkte	Ergebnisse
<p align="center">TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des Protokolls vom 09.10.2013</p>	<p>Herr Klee eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Herr Veli Filar, möglicher Nachfolger für die zurückgetretene Frau Demiröz, stellt sich kurz vor. Die dem Vorstand vorliegenden Entschuldigungen für die heutige Sitzung werden verlesen. Gegen das Protokoll vom 9.10.2013 gibt es keine Einwände, somit ist es genehmigt.</p>
<p align="center">TOP 2 Festlegung der endgültigen Tagesordnung</p>	<p>Die mit der Einladung versendete Tagesordnung wird akzeptiert.</p>
<p align="center">TOP 3 Berichte aus den Arbeitsgruppen (AG´s): AG Märkte AG Persönliches Budget, AG Barrierefreier Verkehrsraum AG Handicap Parcours</p>	<p><u>AG Märkte:</u> Frau Schneider berichtet über den aktuellen Stand. Die Antwortschreiben aus den Abteilungen der zuständigen Stadträte auf die Empfehlungen der AG sind mittlerweile ausgewertet. Hieraus ergeben sich folgende Abläufe und Zuständigkeiten für Märkte und Straßenfeste: Anmeldung, evtl. Auflagen und Bewilligung: Bezirksliches Ordnungsamt. Das Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt wird vom Ordnungsamt beteiligt und erstellt eine Stellungnahme, ggf. mit Auflagen. Die Kontrolle der Einhaltung der Auflagen zur Barrierefreiheit kann aus personellen Gründen nur vom Ordnungsamt vorgenommen werden, die ordnungsrechtliche Ahndung von Verstößen obliegt hingegen dem Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt. Hinweise und Meldungen zu Verstößen können an das Ordnungsamt gerichtet werden oder an das Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt, Bereich Verwaltung. Bei Straßenfesten und Märkten auf Privatgelände obliegt die Genehmigung und die</p>

Kontrolle und ordnungsrechtliche Zuständigkeit der bezirklichen Bauaufsicht.

Der Amtsleiter des Tiefbau- und Landschaftsplanungsamtes hat Fr. Schneider gebeten, folgenden Vorschlag zur Vorgehensweise an den Beirat weiterzuleiten:
Bereits jetzt erhalten auf Vorschlag des Beirates Veranstalter von Straßenfesten und Märkten den Flyer zu Barrierefreiheit bei fliegenden Bauten vom Bezirksamt ausgehändigt. Da vermutet wird, dass dies nicht ausreichend ist, wird der Beirat gebeten, ein eigenes Info-Blatt für Marktbetreiber zu erstellen, welches vom Bezirksamt ebenfalls im Anmeldeverfahren an die Marktbetreiber ausgehändigt werden könnte.

In der Sitzung wurde beschlossen, ein solches Schreiben zu erstellen. Frau Schneider wird die AG Märkte hierzu zu einer AG-Sitzung im Februar oder März einladen. Herr Foster bekundet sein Interesse, sich der AG anzuschließen. Der Beirat wird jedoch nicht Prüfungen auf den Märkten vornehmen, dies obliegt dem zuständigen Amt.

Unabhängig davon kann selbstverständlich in 2014 auf den Vorschlag von Bezirksstadtrat Herrn Schworck zurückgegriffen werden, um gemeinsam mit seiner zuständigen ordnungsrechtlichen Stelle eine exemplarische Begehung eines Marktes vorzunehmen.

AG Persönliches Budget:

Frau Lutze berichtet über den aktuellen Stand. Auf der letzten Sitzung des BVV-Ausschusses für Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik wurde das Positionspapier des Beirates von Frau Lutze erläutert. Dieser BVV-Ausschuss wird das Thema nochmals aufrufen, und hierzu auch die zuständigen Stadträte Frau Dr. Klotz (Soziales) und Herrn Schworck (Jugend) einladen. Das Antwortschreiben von Herrn Schworck auf das Positionspapier des Beirats liegt Frau Schneider erst seit gestern vor, und konnte noch nicht von der AG ausgewertet werden. Die AG Persönliches Budget empfiehlt dem Beirat, das weitere Vorgehen in der BVV zum Thema abzuwarten und zudem zu verfolgen, ob sich etwas bzw. was sich bei der Verwaltung im Umgang mit dem Persönlichen Budget verändert.

	<p><u>AG Barrierefreier Verkehrsraum</u> Im Jahr 2013 wurden für 70.000 Euro an 10 Kreuzungsbereichen Bordsteinkanten abgesenkt. Hierbei ist das Bezirksamt den Empfehlungen der AG gefolgt.</p> <p>Die AG sieht nach wie vor zwei wichtige Probleme:</p> <p>1) Es werden nach wie vor ausschließlich Absenkungen aus zur Verfügung stehenden Sondermitteln finanziert. Der Vorschlag von Frau Schneider und der AG, wie in einigen anderen Bezirken auch, bezirkliche Haushaltsmittel für die Herstellung von barrierefreien Kreuzungen bereitzustellen, wurde vom zuständigen Stadtrat Herrn Krüger abgelehnt.</p> <p>2) Nach wie vor ist es nicht gelungen, die bezirklichen Planungen und Maßnahmen für Bordsteinabsenkungen abzustimmen mit den Planungen der VLB. Dies wäre aber notwendig, um sinnvolle barrierefreie Wegebeziehungen herstellen zu können.</p> <p><u>Begegnungszone Maaßenstraße:</u></p> <p>Der Beirat wurde über die AG Barrierefreier Verkehrsraum an der Planung beteiligt. Die AG hat ein Votum verfasst und der federführenden Stelle, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, zukommen lassen. Dieses Votum ist ebenfalls auf der Webseite des Bezirksamtes veröffentlicht. Über Frau Schneider wird der Beirat über den weiteren Verlauf informiert bzw. eingebunden.</p> <p><u>AG Handicap Parcours:</u></p> <p>Die Aktion wird allgemein als erfolgreich bewertet. Es gab ein vergleichsweise großes Presseecho.</p> <p>Die Auswertung und Zusammenfassung der Ergebnisse wurde allen BVV-Fraktionen und dem Bauamt zur Verfügung gestellt.</p>
<p>TOP 4 Berichte aus den Gremien (Kundenrat BVG, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Te-Schö: Untergruppe</p>	<p><u>BVG Kundenrat:</u> entfällt</p> <p><u>Berichte aus der PSAG:</u> Frau Lutze berichtet über das PSAG-Plenum vom 30.10.2013 mit dem Schwerpunktthema: „Zum Stand der Integrierten Versorgung (IV) für Menschen mit psychischen Störungen“. Im</p>

<p>„Wohnen“. Plenum</p>	<p>Rahmen der IV arbeiten Kliniken, Ärzte, Therapeuten, psychosoziale Einrichtungen, Pflegedienste u.a. in einem Netzwerk zusammen mit der Zielrichtung Krankenhausaufenthalte zu verkürzen oder zu vermeiden. Da nur einige Krankenkassen (DAK, TK, BKK-VBU, AOK) einen Vertrag für diese Versorgungsform geschlossen haben, steht die IV nicht allen potentiellen Nutzer_innen zur Verfügung. Der Vorteil der Kassen ist, durch die Vermeidung und/oder Reduzierung von Klinikaufenthalten Kosten zu sparen.</p> <p>Des Weiteren berichtet Frau Lutze von der Sitzung der PSAG-Untergruppe Wohnen am 10.12.2013: Themen waren u.a. die Pauschalvergütungen für die unterschiedlichen Kostensätze der einzelnen Wohnformen sowie das Dauerthema nicht vorhandener Wohnraum bzw. nicht bezahlbarer Wohnraum für Transferempfänger. Es wurde berichtet, dass es im Rahmen des PSAG-Plenums seit einiger Zeit eine Arbeitsgruppe zum Thema gibt. In diesem Zusammenhang benennt Frau Schneider die Arbeit des Thementisches Wohnen des "Runden Tisches" und weist darauf hin, dass es gut wäre, die bestehenden Initiativen im Bezirk besser zu bündeln.</p>
<p>TOP 5 Berichte aus dem Vorstand</p>	<p>Frau Lutze berichtet über den aktuellen Stand des inklusiven Biografieprojektes „Literatur aus dem Dunkeln“. (s. letzte Protokolle). An dem Projekt sind auch Beiratsmitglieder beteiligt. Zwei Lesungen haben bereits stattgefunden, die Abschlusslesung, auf der auch Frau Lutze lesen wird, findet am 14.2.14 statt: Buchhandlung THAER, Bundesallee 77, 12161 Berlin</p> <p>Es ist geplant, dass die entstandenen Texte als Buch veröffentlicht werden.</p>
<p>TOP 6 Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung – Frau Schneider</p>	<p><u>Fachtag Inklusiver Sozialraum am 31.1.2014</u> Frau Schneider veranstaltet in Kooperation mit dem „Runden Tisch Inklusion Jetzt“, dem Paritätischen Landesverband Berlin und mit Albatros gGmbH/mobidat diesen Fachtag. Dort stellen sich vier Inklusionsprojekte einem ausgewählten Fachpublikum vor. Der Beirats-Vorstand wird hieran teilnehmen. Eingeladen sind u.a. Amtsleiter, BVV-Politiker/innen, Träger von sozialen Einrichtungen, Akteure (Vereine etc.) außerhalb der Behindertenhilfe... Ziel des Fachtages ist es, gemeinsam mit den Verantwortlichen von unterschiedlichen Stellen</p>

	<p>Rahmenbedingungen zu erarbeiten, damit aus einzelnen Inklusionsprojekten flächendeckende Regelangebote werden können.</p> <p>Frau Schneider berichtet über den momentanen personellen Engpass in ihrer Geschäftsstelle. Dies hat Auswirkungen auf das bislang gewohnte Service-Angebot. Die sehr arbeits- und zeitaufwendige Erstellung und Post-Versendung von Informationsmaterialien in Papierform für diejenigen Beiratsmitglieder ohne mail-Adresse, kann nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt angeboten werden. Sitzungseinladungen und Sitzungsprotokolle werden vorerst weiterhin per Post an die Beiratsmitglieder ohne mail-Adresse versandt. Hierbei kann es zu Verzögerungen kommen.</p>
<p>TOP 6 Verschiedenes</p>	<p><u>Barrierefreiheit und bezirkliche Parteibüros</u> Auch das Antwortschreiben der SPD liegt (nach vier Monaten Bearbeitungszeit) mittlerweile vor, in dem die fehlende Barrierefreiheit bedauert wird.</p> <p>Nach kurzer Diskussion wird darüber abgestimmt, ob das Thema auf der nächsten Sitzung nochmals auf die Tagesordnung kommt. Der Beirat stimmt mit großer Mehrheit dagegen. Herr Haack vom ABSV informiert darüber, dass einige ihm bekannte ältere blinde Menschen Probleme mit der Handhabung von akustischen Signalampeln haben. Gerade ältere, spät erblindete Menschen würden von den regulären Mobilitätstrainings und Informationen häufig nicht erreicht.</p>